

109-4 | 174

45 listai

45 listai

list i. 1 elybi

list i. 42 praxduj

H-Sturmabführer Wolf  
Leiter der Abt. Kulturpolitik  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

Prag, 27. April 1942

2

Gilt!

I. / V e r m e r k .

Betr.: Bekanntgabe der beabsichtigten Rückgabe sicher-  
gestellter Rundfunkgeräte an die tschechische  
Bevölkerung durch Minister Moravec am 1. Mai 1942.

Bezug: Rücksprache beim Obergruppenführer am 21.4.1942.

Am 21.4.d.J. hat der Obergruppenführer mündlich  
grundsätzlich dem Vorschlag des Abteilungsleiters IV  
zugestimmt, dass demnächst aus propagandistischen Grün-  
den die Rückgabe der während des Ausnahmezustandes ge-  
bietsweise eingezogenen Rundfunkgeräte an die tschechi-  
sche Bevölkerung eingeleitet werden soll. Vom Obergruppen-  
führer wurde hierzu der Wunsch geäußert, eine diesbezüg-  
liche Bekanntgabe anlässlich des Festtages der Arbeit  
herauszugeben. Im Einvernehmen mit dem Befehlshaber der  
Sicherheitspolizei und nach vorherigem Vortrag beim Herrn  
Staatssekretär, H-Gruppenführer Frank, schlage ich nun-  
mehr vor, dem Minister Moravec Gelegenheit zu geben, in  
einer Rundfunkansprache zum Festtag der Arbeit, am 1. Mai,  
diese Massnahme anzukündigen. Eine ins Einzelne gehende  
amtliche polizeiliche Bekanntgabe brauchte erst später zu  
erfolgen. Die Bekanntgabe durch Moravec erscheint deshalb  
besonders zweckmässig, weil diese Mitteilung für die  
tschechische Bevölkerung zweifellos eine gewisse Sensation  
bedeuten wird und damit zugleich das Interesse für alle  
künftigen Rundfunkvorträge von Moravec zweifellos wesent-  
lich gestärkt wird.

Es ist vorgesehen, Moravec am Abend des 1. Mai im  
tschechischen Rundfunk sprechen zu lassen. Er wird rück-  
blickend ~~wird~~ die marxistische Verzerrung des Sozialismus u.  
den Klassenkampf schildern, um dann den wahren Sozialismus  
zu feiern. Er wird dann den diesjährigen Ruhetag der Arbeit  
eingehen, an welchem die Arbeiter kostenlos die besten  
Filme, Theaterstücke und Sportveranstaltungen sehen werden.

/auf

H. S. IV. 3-67/42

2a  
4. Min  
Im Anschluss hierin könnte er folgende Formulierung bringen, für welche hiermit um Genehmigung gebeten wird:

"Die gesunde Grundhaltung des tschechischen Arbeiters, erhellt am besten aus der Tatsache, dass er sich weder durch die Sirenenklänge des Londoner Rundfunks, noch durch die systematische Hetze des dortigen Emigrantenklüngels beirren liess, er hat vielmehr ruhig seine Pflicht erfüllt. Diese Tatsache haben die deutschen Behörden anerkannt und zu würdigen gewusst. Es ist mir eine ganz besondere Freude, Euch heute mitteilen zu können, dass die vorbildliche Haltung der tschechischen Arbeiterschaft es ermöglichte, dass auf Anordnung der deutschen Behörden schon demnächst die Rückgabe während des Ausnahmezustandes in einigen Wohnvierteln generell sichergestellten Rundfunkgeräte an alle auf richtig Schaffenden eingeleitet werden kann. Es ist dies der Ausdruck eines Vertrauens, welches sich die tschechische Schaffende verdient hat und dessen es sich, wie ich hoffe, auch weiterhin würdig erweisen wird."

Die Ansprache, die im übrigen im endgültigen Wortlaut noch nicht vorliegt, würde mit einem Hinweis auf die gestrige Führerrede schliessen.

II./ An die Adjutantur

mit der Bitte um Herbeiführung einer Entscheidung vor Abreise des Obergruppenführers.

III./ Durchschlag an den Herrn Staatssekretär  
W-Gruppenführer Frank.

IV./ Durchschlag an den Befehlshaber der Sicherheits-  
polizei, W-Standartenführer Böhme.

V./ Wv. bei IV.



10392

Sechs von sieben protektoratsangehörigen Hauptschriftleitern sie sich wegen ihrer deutschfreundlichen Einstellung häufig im Gegensatz zu der von der Regierung des Protektorats betriebenen Politik stellten, waren im Anschluß an eine Pressekonferenz beim ehemaligen Ministerpräsidenten E l i a š plötzlich erkrankt. Durch einen Sachverständigen wurde festgestellt, daß es sich bei den Erkrankungen um Mischinfektionen handelt. Bisher wurden mit Sicherheit Milzbranderreger isoliert; aller Wahrscheinlichkeit nach sind ebenfalls noch Typhus- und Ruhrbazillen nachweisbar. Das endgültige Gutachten steht noch aus. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen ist erwiesen, daß die Beibringung der Bakterien nur auf der Pressekonferenz beim Ministerpräsidenten E l i a š am 18.9.1941 erfolgt sein konnte, an der außer dem Ministerpräsidenten und den Hauptschriftleitern noch die Ministerialbeamten Dr. V o r e l und M e l č teilnahmen. Die Konferenz war mit einem Frühstück verbunden, das insofern auffällig verlief, als der Ministerpräsident E l i a š den Ministerialbeamten Dr. V o r e l und M e l č die Plätze anwies, während die Hauptschriftleiter nach Belieben ihre Plätze aufsuchten. Besonders auffällig ist die Tatsache, daß M e l č persönlich in sonst nicht üblicher Weise die Verteilung der Brötchen und das Einschicken des Weines übernommen hatte. Die gereichten Speisen waren entgegen der sonstigen Gewohnheit auffallenderweise im Hause des Ministerpräsidenten zubereitet worden. Für E l i a š ist weiterhin der Umstand belastend, daß er nach Aussage seines Leibdieners vor Eröffnung der Konferenz ein kleines Päckchen mit Brötchen nicht seinem Diener zur Verabreichung hat ausfolgen wollen, sondern besonderen Wert darauf legte, dieses Päckchen, das später von dem Diener auf dem Frühstückstisch gesehen wurde, zu behalten. E l i a š ist am 1.10.1941 durch Urteil des Volksgerichtshofes wegen Feindbegünstigung und Hochverrats zum Tode verurteilt worden. Diese Tatsache mag weiterhin beweisen, daß ihm an der Ausschaltung politischer Gegner viel gelegen sein mußte. Während bisher Anhaltspunkte für einen Verdacht gegen Dr. V o r e l nicht zu erbringen waren, ist M e l č insoweit besonders belastet, als ausgerechnet er den Hauptschriftleitern die Brötchen aufdrängte und überhaupt mehr als üblich um die Bedienung der Gäste besorgt war.

14/10  
Einn. d. d. d. d. d.  
/ 5/10.47

Abdruck

4

An Herrn Graf. Frank

B.Nr. \_\_\_\_\_

Prag, den 28. September 1941

PK 24/19.41

Fernschreiben

an den

Herrn Reichsleiter B o r m a n n

Führerhauptquartier

Lieber Parteigenosse Bormann !

Ich bitte, dem Führer folgendes zu melden:

Nach dem offiziellen Dienstantritt auf der Burg habe ich zusammen mit Staatssekretär F r a n k um 12,00 Uhr den geplanten Besuch beim Staatspräsidenten Dr. H a c h a gemacht. Ich habe Hacha mündlich und schriftlich nachfolgende Erklärung abgegeben:

" Herr Staatspräsident !

Als vom Führer bestellter stellvertretender Reichsprotector von Böhmen und Mähren habe ich die Ehre, Sie, Herr Staatspräsident, zu besuchen und zu begrüßen in der Hoffnung, dass wir für die Dauer meiner Amtszeit - dem Erlass des Führers <sup>entsprechend</sup> nach einer begrenzten - im Interesse der Gesamtbevölkerung des Reiches gemeinsam wirken werden.

Niemand bedauert es mehr als ich, dass ich gleich beim ersten Besuch einige sehr delikate Probleme, die den Zustand im Protektorat betreffen, ansprechen muss. Es sind dies:

1. Das reichsfeindliche Verhalten und die damit wegen Hoch- und Landesverrats notwendige Verhaftung des bisherigen Ministerpräsidenten E l i a s , die nicht

nur im Interesse des Reiches, sondern auch im Interesse der Bevölkerung des Protektorats notwendig war. Tatbestand und abschliessendes Urteil werden durch den Volksgerichtshof festgestellt.

2.) Die unerhörte Anhäufung von reichsfeindlichen und reichsschädlichen Einzelakten von Protektoratsangehörigen, die - wie sich aus den Unterlagen, die zur Verhaftung von Elias geführt haben, ergibt - planvoll geleitet sind von einer im Protektorat bestehenden, straff geführten Widerstandsorganisation, die im Sold der Feindmächte des Reiches steht und gleichzeitig mit einer systematischen Befolgung der von den Feindmächten ausgegebenen Parolen (durch Rundfunk usw.) bemüht ist, die an sich friedliebende Bevölkerung des Protektorats aufzuputtschen und in einen bewussten Gegensatz zum grossdeutschen Reich zu bringen.

Diese schwerwiegende Lage ist gekennzeichnet durch zwei besondere Faktoren:

1.) dass diese reichsfeindlichen Elemente gar nicht übersehen, dass sie damit den Bestand und die Sicherheit des Protektorats und seiner Bevölkerung gefährden können, wobei sie das Vertrauen des Staatspräsidenten aufs Gröblichste missbrauchen und seine vom Vertrauen des Reiches getragene Ausgleichspolitik sabotieren.

2.) dass sich dieser Zustand verschärfen und bis zum heutigen Stand steigern konnte, weil die Protektoratsregierung unter Führung des Herrn Elias trotz zweimaliger Warnungen, die der erkrankte Herr Reichsprotector Freiherr von Neurath Ihnen, dem Staatspräsidenten, zur Übermittlung an die autonome Regierung eindringlichst ausgesprochen hat, weiter eine passive Haltung einnahm.

Ich darf den augenblicklichen Zustand durch zahlenmässige kurze Umrissung der in den letzten Tagen und Wochen getätigten Sabotageakte <sup>anlässlich</sup> unterstreichen.

Diese Lage hat mich zu meinem grössten Bedauern genötigt,

aus der Untätigkeit der autonomen Regierung im Interesse des Reiches und des Protektorats die Konsequenzen zu ziehen und für Teilgebiete den gestern angekündigten zivilen Ausnahmezustand mit Wirkung vom heutigen Mittag zu verhängen.

Das Reich kann im grössten Entscheidungskampf Europas nicht dulden, dass verblendete Einzelgänger und organisierte Gruppen den Versuch unternehmen, die innere Widerstandskraft des neuen Europas zu unterhöhlen. Während des Verfahrens gegen Elias im Zusammenhang mit bereits laufenden Prozessen vor dem Volksgerichtshof zur ordentlichen Aburteilung kommt, habe ich mich ferner genötigt gesehen, zur radikalen Unterbindung der illegalen Widerstandsversuche ausschliesslich mit Standgerichten zu arbeiten.

Ich habe mich schweren Herzens zu diesen Massnahmen entschliessen müssen, um den Interessen des deutschen Volkes zu dienen und als stellvertretender Reichsprotector von der Bevölkerung des Protektorats Schaden und eine akute Gefahr abzuwenden.

Von der autonomen Regierung erwarte ich, dass sie das unverantwortliche Verhalten des ehemaligen Ministerpräsidenten wieder gutmacht und das Vertrauen rechtfertigt, das der Herr Reichsprotector von Neurath und Sie, Herr Staatspräsident, dieser Regierung bisher entgegengebracht haben.

Ich hoffe, dass mich die Einsicht des grössten Teiles der Protektoratsbevölkerung in die Lage versetzt, sehr bald den zivilen Ausnahmezustand wieder aufzuheben. Ich werde bemüht sein, auch jene Schwierigkeiten zu meistern, die auf bestimmten Gebieten des Ernährungssektors liegen.

Ich erbitte und erwarte von Ihnen, Herr Staatspräsident, die gleiche loyale Mitarbeit, wie Sie sie dem erkrankten

7

Herrn Reichsprotector entgegengebracht haben. "

Der Staatspräsident - dem ich am Nachmittag vorher bereits von der Verhaftung des Ministerpräsidenten und der Verhängung des zivilen Ausnahmezustandes Mitteilung hatte machen lassen, war völlig gebrochen und hatte fast die Sprache verloren. Er bat mich unter dem Eindruck aller Dinge und unter Berücksichtigung seines Gesundheitszustandes um eine Bedenkfrist bis 15,00 Uhr, die ich ihm im Interesse der Weiterentwicklung auf 14,30 Uhr bewilligte. Bei der Verabschiedung wies ich darauf hin, dass bei der Prüfung der Haltung der Regierung man unter Berücksichtigung der Vernehmungsergebnisse bei Elias beachten müsse, dass man nicht in den Geruch der Identifizierung mit diesem gerate. Hacha hatte sich um 11,00 Uhr und nach meiner Besprechung mit der Regierung beraten und liess mir um 14,30 Uhr verabredungsgemäss seine Stellungnahme überbringen, die wie folgt lautet:

" Prag, den 28. September 1941.

Nur persönlich dem Herrn stellvertretenden Reichsprotector !

Ich habe die Erklärung, welche Sie, Herr stellvertretender Reichsprotector, bei Ihrem heutigen Besuche mir abgegeben haben, zur Kenntnis genommen. In dieser Erklärung haben Sie meine bisherige loyale Zusammenarbeit mit dem erkrankten Herrn Reichsprotector anerkannt. Ich versichere, dass ich aufrichtig bestrebt bin, diese loyale Zusammenarbeit auch mit Ihnen fortzusetzen. Dasselbe erkläre ich im Namen meiner Regierung. --

Ich bin überzeugt, dass dieses mein Bestreben und das gleiche Bestreben meiner Regierung von vollem Erfolge gekrönt sein werden, wenn Sie mir überall

dort, wo ich oder meine Regierung sowohl im Interesse des Reiches, als auch im Interesse des tschechischen Volkes mit wichtigen Anregungen uns an Sie wenden werden, Ihren Beistand angedeihen lassen werden. -- Ich bin, Herr stellvertretender Reichsprotector, auch überzeugt, dass es dieser Zusammenarbeit gelingen wird, alle Schwierigkeiten der Zeit, auf welche Sie in Ihrer Erklärung hinweisen, zu überwinden. "

Ich glaube, dass damit die politischen Voraussetzungen für die weitere Durchführung der mir übertragenen Befehle und Weisungen gesichert sind. ✓ Weitere Berichte folgen.

Heil Hitler !  
gez. Heydrich.

Nachsatz: Da RMH heute beim Führer, bitte uch RMH unterrichten, der unmittelbares ES dann nicht mehr erhält.

✓ um 16<sup>00</sup> ist ein  
Regierungs- und um --  
17<sup>00</sup> ein Generempfang angesetzt.

22201

Adk dA.

*Heute* 27.9.4.  
M-H scharf.

Prag, den 28. September 1941

9  
Geheime Staatspolizei

6 Ausfertigungen.  
3. Ausfertigung.

Wesentlichste Aussagen des

E l i a š

in seinen Vernehmungen am 27. und 28.9.1941.

---

I. Komplex S c h m o r a n z - C.T.K.

- 1.) "Ich behaupte und betone ausdrücklich, dass ich mich als Ministerpräsident und auch als Privatmann in jeder Hinsicht dem Reiche gegenüber loyal verhalten habe. Der Begriff "illegale Tätigkeit" ist mir bekannt. Ich verstehe darunter u.a. jedwede Tätigkeit, die sich gegen die Interessen des Reiches richtet."
- 2.) "Ich kann mich nur auf einen einzigen Fall entsinnen, in dem ich von dritten Personen, und zwar von dem mir bekannten Legionärsgeneral I n g r aufgefordert wurde, mich illegal mit zu betätigen. Dies war etwa Ende April 1939."
- 3.) "Ich erkannte, dass I n g r eine strafbare Tätigkeit gegen Reichsinteressen vorhatte und habe aus diesem Grunde abgelehnt. Ich weiss, dass ich dies bei der Behörde hätte anzeigen müssen."
- 4.) "Dass I n g r mit einem illegalen Angebot zu mir gekommen war, habe ich kurze Zeit später gelegentlich eines Referats beim Staatspräsidenten H a c h a diesem mit vorgetragen. Ich habe ihm gesagt, dass der General I n g r bei mir war und mich zu

illegaler

1  
illegaler Mitarbeit im Rahmen einer Organisation  
veranlassen wollte. Ich habe ihm auch gesagt, dass  
ich dies abgelehnt habe. H a c h a sagte mir damals,  
wörtlich: "Das haben Sie Recht gemacht."

- 5.) "Es ist möglich, dass es im Juni 1939 oder früher  
oder auch kurze Zeit später gewesen ist, als  
S c h m o r a n z zu mir kam und mir erzählte, dass  
er eine Organisation geschaffen hat aus ehemaligen  
Offizieren und Nachrichtensoffizieren, die er in die  
Organisation der Pressereferenten einbauen wollte  
oder bereits eingebaut hatte. Zur Begründung führte  
er an, dass es notwendig sei, Nachrichten über die  
Stimmung der Bevölkerung im Protektorat zu erfassen,  
und zwar zur Unterrichtung der Regierung. Er sprach  
auch davon, dass auf diesem Wege politische und mili-  
tärliche Nachrichten - letztere insbesondere über  
Truppenbewegungen im Protektorat - mit beschaffte  
würden. Ich entsinne mich, dass ich dem S c h m o -  
r a n z tatsächlich meine Zustimmung zur Schaffung  
dieser Organisation gegeben habe."
- 6.) "Ich gebe zu, dass ich mich indirekt illegal da-  
durch mitbetätigt habe, dass ich Kenntnis hatte vom  
Bestehen einer illegalen Organisation, die sich nach-  
richtendienstlich gegen Reichsinteressen betätigte,  
und dass ich nicht die Massnahmen dagegen ergriffen  
habe, zu denen ich gesetzlich verpflichtet war."
- 7.) "Trotzdem meine Verwandten mütterlicherseits Deutsche  
sind und auch im Reichsgebiet wohnen, bin ich nach  
wie vor nationalbewusster Tscheche. Ich gebe zu, dass

es ebenso mein Wunsch war und ist, wie dies der Wunsch jedes nationalbewussten Tschechen ist, die alte Selbständigkeit zu erreichen."

- 8.) "Etwa im Juni oder Juli 1941 wurde mir von dem Sekretär S t a d n i k oder von dem Ministerialbeamten H o l d erzählt, dass die Ehefrau des S c h m o r a n z mitgeteilt habe, dass S c h m o r a n z mir Schwierigkeiten bereiten würde, wenn ich oder der Staatspräsident H a c h a sich nicht um seine Freilassung bemühen würden."

II.

Komplex K l a p k a :

- 1.) "Ich gebe zu, dass von Fall zu Fall zwischen mir und K l a p k a durch Vermittlung des W e n i g ein Austausch illegaler Nachrichten stattfand."
- 2.) "In mehreren Fällen kam K l a p k a in Begleitung des W e g i g und des Referenten und Kreisleiters der "Nationalen Gemeinschaft" N e s t a v a l zu mir. Wir haben uns dann gemeinschaftlich über illegale Angelegenheiten ausgesprochen."
- 3.) "Bekannt war mir, dass N e s t a v a l mit K l a p k a illegal zusammenarbeitet. Ich habe auch gewusst, dass N e s t a v a l die Hinterbliebenen bzw. die Angehörigen derjenigen Männer unterstützt hat, die von der Staatspolizei festgenommen worden waren oder die in die tschechische Legion ins Ausland gegangen waren. Auf nochmaligen Vorhalt gebe ich nunmehr auch zu, dass ich auch von K l a p k a wusste, dass dieser ebenfalls die Familien derjenigen Männer finanziell unterstützt, die in die tschechische Legion ins

Ausland

Ausland gegangen waren. Ich habe angenommen, dass K l a p k a, N e s t a v a l und W e n i g in dieser Hinsicht zusammenarbeiten. Ich gebe zu, dass ich mit dieser Tätigkeit einverstanden war."

- 4.) "Ich gebe zu, gewusst zu haben, dass die illegale Tätigkeit der drei genannten Personen auf eine Schädigung von Reichsinteressen abzielte und auch eine solche Schädigung darstellte."
- 5.) "Eine Schädigung von Reichsinteressen war nicht mein unbedingter Wille. Ich befand mich jedoch in dem Zwiespalt zwischen Menschlichkeit und Schädigung von Reichsinteressen und habe mich hierbei leider für die Schädigung der Reichsinteressen entschieden. Ich war mir bereits damals zur Zeit meiner Entscheidung der Folgen meines Entschlusses bewusst."
- 6.) Anmerkung: Dem E l i a š wurde wiederholt die Frage vorgelegt, aus welchen Gründen K l a p k a, N e s t a v a l und W e n i g in der illegalen Angelegenheit ausgerechnet wiederholt zu ihm kamen und ihn laufend unterrichteten.

Da E l i a š auf diese Frage keine positive Antwort gab, sondern immer erklärte, dass die drei Personen nicht unbedingt zu ihm zu kommen brauchten, sondern in ihrer illegalen Tätigkeit selbständig handeln konnten, wurden ihm die Angaben des K l a p k a vom 13.8.1940, die nachstehend angeführt sind, vorgehalten:

K l a p k a:

"Zur Begründung dafür, dass ich mich mit illegaler Tätigkeit befasst habe, führe ich an, dass ich durchaus nicht aus eigenem Antriebe gehandelt habe. In erster Linie bin ich durch das Doppelspiel des Generals E l i a š zu der illegalen Tätigkeit ermuntert worden. Aus dem ganzen Verhalten des E l i a š habe ich geschlossen, dass er sich illegal betätigt und sich nach aussen hin den Schein der Legalität gibt. Sein Doppelspiel suchte er u.a. auch damit zu verschleiern, dass er in der Regierung jede ernstliche politische Aussprache

Aussprache vermied. Dieses Verhalten des E l i a š ist auch von einigen Ministern, z.B. J e z e k , mir gegenüber gebrandmarkt worden."

Antwort E l i a š: "Auf die vorstehend angeschnittene Frage, warum die vorgenannten drei Personen, obwohl sie es nicht nötig hatten, mich von ihrer illegalen Tätigkeit zu unterrichten, wiederholt zu mir kamen und mir laufend berichteten, will ich nunmehr eine Antwort geben.

Ich glaube, dass sie für ihre Tätigkeit einen prominenten Zeugen suchten."

Frage: "Bei dem Eintritt welcher Ereignisse brauchten die vorgenannten drei Männer einen Zeugen für ihre illegale, gegen das Reich gerichtete Tätigkeit?"

Antwort: "Nach dem Kriege".

Frage: "Welche staatspolitische Lage musste also nach dem Kriege in dem böhmisch-mährischen Raum eintreten?"

Antwort: "Fragen Sie die drei Männer."

Erneute Frage: "Welche staatspolitische Lage musste also nach dem Kriege in dem böhmisch-mährischen Raum eintreten?"

Antwort: "Um die Handlungsweise der drei Männer zu rechtfertigen, musste Deutschland den Krieg verlieren. Dieses Ziel wollten die drei Männer durch ihre Handlungsweise erreichen helfen. Ich selbst habe dieses Ziel durch meine Duldung gefördert."

Ich muss nunmehr zugeben, dass K l a p k a mit seinen vorstehend mir vorgehaltenen Ausführungen über meine Person doch das Richtige gesagt hat. Ich muss zugeben, dass ich tatsächlich ein Doppelspiel getrieben habe, indem ich sowohl zu den Zielen der deutschen Seite als auch zu den Zielen der illegalen tschechischen Seite "Ja" gesagt habe. Ich sehe heute

ein

ein, dass K l a p k a und sein Anhang durch mein Verhalten in ihrer illegalen gegen das Reich gerichteten Arbeit bestärkt und gefördert werden mussten. Es trifft somit auch zu, dass ich auf der einen Seite den Eindruck einer illegalen und auf der anderen Seite den Eindruck einer legalen Arbeit erweckt und aufrecht erhalten habe."

*A. E. E. E.*

SS-Obersturmbannführer.



101

Betrifft: E l i a š, Alois, Ingenieur, Minister-  
präsident, geb. am 29.9.1890 in Prag, wohnhaft  
Prag-Bubentsch (XIX)., Hanspaulka, Vettergarten 4.

- - -

E l i a š wurde am 27.9.1941 in Prag vorläufig  
festgenommen und der Dienststelle zugeführt.

- - -

V e r h a n d e l t !

- - - - -

Vorgeführt erscheint im Dienstzimmer 602 der Protektors-  
ratsangehörige Alois E l i a š und erklärt auf Vorhalt  
folgendes:

Zur Person:

E l i a š, Alois, Ingenieur, Minister-  
präsident, geboren am 29.9.1890 in Prag,  
wohnhaft in Prag XIX., Hanspaulka, Vetter-  
garten Nr. 4, ohne Religion, arischer Ab-  
stammung, verheiratet mit Jaroslava geb.  
Kozak, wohnhaft Prag XIX., Hanspaulka,  
Vettergarten 4, kinderlos, nicht vorbe-  
straft, ohne Reisepaß,  
Eltern: Schneidermeister Alois Eliáš und  
Josefa geb. Worlitschek, beide  
verstorben.

Ich habe die Volks-, Real- und Technische Hochschule in  
Prag besucht. Nach der Schulentlassung war ich vom März 1912  
bis Juni 1914 als Ingenieur bei einer Privatfirma beschäftigt.  
Während dieser Zeit habe ich 10 Wochen als Ersatzreservist  
beim Inf.Regt. Nr. 28 in Prag gedient. Während des Weltkrieges  
habe ich bis September 1914 beim 28. Inf.Regt. gedient. Zu  
dieser Zeit kam ich in russische Gefangenschaft. Im August  
1917 bin ich der tschechischen Legion in Rußland beigetreten.  
Noch 1917 kam ich mit einem Legionärsverband nach Frankreich  
und habe als Unterleutnant im Elsaß aktiv an den Kämpfen ge-  
gen die deutschen Truppen teilgenommen. Nach Kriegsende kam  
ich 1919 nach Prag zurück. Ich kam als Oberleutnant zurück  
und beabsichtigte, wieder als Ingenieur in den Privatdienst zu  
gehen. Nach kurzer Zeit wurde ich jedoch auf Befehl des Mi-  
nisters K l o f a š als Hauptmann erneut bei der Truppe ein-  
gestellt. Anschließend habe ich bis etwa Ende Juni 1919 an  
den Kämpfen gegen die Bolschewisten in der Slowakei teilge-  
nommen und wurde nach Abschluß dieser Kämpfe zum Major be-  
fördert. Auf eigenen Antrag habe ich mich Ende 1919 aktivieren  
lassen und wurde dem 21. Inf.Regt. in Časlau zugeteilt. Anfang

1920 wurde ich Kommandeur des Regiments. Von 1920 bis 1921 war ich Chef des Stabes der 1. Division in Prag. Von 1921 bis 1923 habe ich die Kriegsschule in Paris besucht. Anschließend war ich bis 1924 Vorstand der 1. Abtlg. des Generalstabes und bis 1929 zweiter Stellvertreter des Generalstabschefs in Prag. Nachdem war ich bis 1931 Kommandant der 2. Inf. Brigade in Komotau und bis 1933 Kommandant der 3. Division in Leitmeritz. Bis 1938 war ich Kommandant des 5. Armeekorps in Trenschin und wurde 1936 zum Divisionsgeneral ernannt. Im Oktober 1938 wurde ich Stellvertreter des Ministers für Nationalverteidigung S i r o v y, der damals gleichzeitig Ministerpräsident war. Am 1.12.1938 wurde die Regierung vom Ministerpräsident B e r a n übernommen und ich wurde Verkehrsminister. Diesen Posten habe ich bis zum 28.4.1939 inne gehabt. Seit dieser Zeit bin ich Ministerpräsident und Vorsitzender der Protektoratsregierung Böhmen-Mähren. Ich beziehe monatlich rd. 20.000,-- Kronen Gehalt. Außerdem beziehe ich als ehemaliger Divisionsgeneral monatlich rd. 6.000,-- Kronen. Außerdem steht mir zu Repräsentationszwecken jährlich ein Fonds in Höhe von 7 Millionen Kronen zur Verfügung. Dieser Fonds wird nicht von mir, sondern vom Sektionschef V o r e l verwaltet. Ich muß über alle Beträge, die ich diesem Fonds entnehme, Quittungen abgeben. Ich besitze das Hausgrundstück Hanspaulka Nr. 4 mit meiner Ehefrau je zur Hälfte. Dasselbe hat einen Gesamtwert von etwa 1 Million Kronen. Weiteren Grundbesitz habe ich nicht. An Barvermögen besitze ich etwa 160.000,-- Kronen Wertpapiere der Landesbank für Böhmen und Mähren, die jedoch auch zur Hälfte meiner Ehefrau gehören. Ferner besitze ich ein laufendes Konto bei der Landesbank für Böhmen und Mähren, das z.Zt. rd. 40.000,-- Kronen aufweist. Weiteres Barvermögen besitze ich nicht. Nachrichtenoffizier war ich nicht.

Zur Sache:

Der Grund meiner vorläufigen Festnahme ist mir nicht bekannt, und ich kann mir auch nicht annähernd denken, aus welchen Gründen sie erfolgte. Mir ist vorgehalten worden, daß ich von einer Reihe Personen, z.B. K l a p k a - W e n i g - T ř e b i c k y - H a v e l usw. belastet bin, mich im Laufe der Zeit illegal mit betätigt zu haben. Ich erkläre ausdrücklich, daß dies nicht der Wahrheit entspricht. Wenn ich von diesen Personen in irgendeiner Weise beschuldigt wurde, so behaupte ich, daß dies erlügen ist. Ich behaupte und betone ausdrücklich, daß ich nich

mich als Ministerpräsident und auch als Privatmann in jeder Hinsicht dem Reiche gegenüber loyal verhalten habe. Der Begriff "illegale Tätigkeit" ist mir bekannt. Ich verstehe darunter u.a. jedwede Tätigkeit, die sich gegen die Interessen des Reiches richtet. Ich kann mich nur auf einen einzigen Fall entsinnen, in dem ich von dritten Personen, und zwar von dem mir bekannten Legionärsgeneral I n g r aufgefordert wurde, mich illegal mit zu betätigen. Dies war etwa Ende April 1939. Ich war seinerzeit noch Verkehrsminister und I n g r kam zu mir ins Büro. Er fragte mich damals, ob ich mit ihm zusammen in einer illegalen Organisation arbeiten möchte. Ich habe I n g r gegenüber abgelehnt mit der Begründung, daß ich als Verkehrsminister mich nicht illegal betätigen kann. Ich behaupte, daß sich I n g r mir gegenüber bezüglich seines Antrags nicht näher ausgesprochen hat. Ich erkannte, daß I n g r eine strafbare Tätigkeit gegen Reichsinteressen vorhatte und habe aus diesem Grunde abgelehnt. Ich weiß, daß ich dies bei der Behörde hätte anzeigen müssen. Daß ich dies nicht getan habe, begründe ich damit, daß ich meinen Kamerad I n g r, den ich bereits seit etwa 1920 kannte und der ebenfalls Legionär war, nicht verraten wollte. Daß I n g r mit einem illegalen Angebot zu mir gekommen war, habe ich kurze Zeit später gelegentlich eines Referats beim Staatspräsidenten H a c h a diesem mit vorgetragen. Ich bin nicht ausdrücklich zu diesem Zwecke zu H a c h a gegangen, sondern habe dies gelegentlich eines Referats mit vorgebracht. Ich habe ihm gesagt, daß der General I n g r bei mir war und mich zu illegaler Mitarbeit im Rahmen einer Organisation veranlassen wollte. Ich habe ihm auch gesagt, daß ich dies abgelehnt habe. H a c h a sagte mir damals wörtlich: " Das haben Sie Recht gemacht ". Ich habe ihm nicht gesagt, daß ich diese Tatsache bei einer zuständigen Behörde nicht zur Anzeige gebracht habe und er hat auch mir nicht gesagt, daß ich über diesen Vorgang Anzeige erstatten müßte. Später habe ich über diese Angelegenheit mit H a c h a nicht mehr gesprochen. An sich hätte ich diesen Vorgang über meinen Vorgesetzten, den damaligen Ministerpräsident B e r a n, weiterleiten oder diesem wenigstens zur Kenntnis geben müssen. Dies habe ich deswegen nicht getan, weil ich mit B e r a n nicht gut befreundet war. Mit H a c h a war ich ebenfalls nicht besonders befreundet, ~~ich habe ihn aber~~ für habe ihn aber immer als einen Menschen angesehen, zu dem man auf Grund seines Alters und da er über den politischen Tagesereignissen stand, mit einem besonderen Vertrauen aufsehen konnte. Ich erkläre ausdrücklich

ausdrücklich auf wiederholten Vorhalt, daß ich bis zum heutigen Tage - außer von General I n g r - von anderen Personen zu illegaler Betätigung nicht veranlaßt worden bin.

Zu den Angaben des S c h m o r a n z vom 1.11.1939 erkläre ich folgendes:

Der Ministerialrat S c h m o r a n z war Chef des Pressedienstes und unterstand mir in dieser Eigenschaft. Es ist möglich, daß es im Juni 1939 oder früher oder auch kurze Zeit später gewesen ist, als S c h m o r a n z zu mir kam und mir erzählte, daß er eine Organisation geschaffen hat, aus ehemaligen Offizieren und Nachrichtenoffizieren, die er in die Organisation der Pressereferenten einbauen wollte oder bereits eingebaut hatte. Zur Begründung führte er an, daß es notwendig sei, Nachrichten über die Stimmung der Bevölkerung im Protektorat zu erfassen, und zwar zur Unterrichtung der Regierung. Er sprach auch davon, daß auf diesem Wege politische und militärische Nachrichten - letztere insbesondere über Truppenbewegungen im Protektorat - mit beschafft würden. Er sprach davon, daß dies notwendig sei, um die Verpflegung der durchmarschierenden Truppenteile sicherzustellen. Es ist möglich, daß ich dem S c h m o r a n z meine Zustimmung zur Schaffung dieser Organisation gegeben habe. Ich entsinne mich, daß ich dem S c h m o r a n z tatsächlich meine Zustimmung zur Schaffung dieser Organisation gegeben habe. Es ist möglich, daß ich dem S c h m o r a n z noch bestimmte Richtlinien gegeben habe, auf die ich mich jedoch nicht mehr entsinnen kann. Bestimmt habe ich ihm gesagt, daß er keine Dummheiten machen soll. Dies sagte ich ihm deswegen, weil ich wußte, daß die Stimmung in der tschechischen Bevölkerung gegen die Deutschen nicht gut, sondern ziemlich erregt war. Ich gebe zu, daß ich dem S c h m o r a n z deswegen sagte, er solle keine Dummheiten machen, weil ich auf Grund seines Vortrages über die Schaffung der Organisation zu der Auffassung gekommen war, daß er diese vermutlich zu illegaler Tätigkeit mit verwenden wollte. Daß ich dies vermutete, begründe ich damit, daß die allgemeine Stimmung unter den Tschechen damals auf eine Wiederherbeiführung der früheren Zustände abgestellt war. Diese Tatsache wurde mir nicht etwa durch S c h m o r a n z oder andere Personen vorgetragen, sondern ich habe sie selbst bei Fahrten auf der Straßenbahn sowie bei Gängen über den Wenzelsplatz festgestellt. Zu dieser Zeit wurde noch nicht direkt mit einem

Kriegsausbruch

Kriegsausbruch gerechnet. Ich bestreite, daß S c h m o r a n z zu der Zeit, als er über die Schaffung der betreffenden Organisation berichtete, auf die Möglichkeit eines Kriegsausbruches Bezug genommen hat. Ich bestreite auch, daß er von einer Konservierung aller erfaßbaren geeigneten Kräfte für den Nachrichtendienst gesprochen hat, und daß er im Falle eines Krieges mit der Niederlage des Reiches rechnete. Richtig ist, daß mir S c h m o r a n z erzählte, daß sich unter den Offizieren, die er in die Organisation aufgenommen hatte, auch eine Anzahl ehemaliger Nachrichtenoffiziere befanden. Mit S c h m o r a n z habe ich mich über die betreffende Organisation nicht näher ausgesprochen. Mir sind dessen Angaben wiederholt vorgehalten worden und ich bleibe dabei, daß sie nicht richtig sind und daß meine Angaben der Wahrheit entsprechen.

Als die betreffenden Offiziere später auf die einzelnen Bezirkshauptmannschaften verteilt worden waren, kam einmal der Innenminister J e z e k zu mir und beschwerte sich darüber, daß S c h m o r a n z eine Anzahl Offiziere hinausgeschickt hätte, die sich den Bezirkshauptmännern nicht unterstellen wollten, da sie behaupteten, dem S c h m o r a n z zu unterstehen, wozu ich meine Zustimmung gegeben hätte. Ich habe J e z e k erklärt, daß ich davon Kenntnis habe und daß dies mit meiner Zustimmung geschehen ist, daß ich aber angenommen habe, daß diese Offiziere den Bezirkshauptleuten unterstellt sind. Um Unstimmigkeiten zu vermeiden, habe ich J e z e k beauftragt, anzuordnen, daß die betreffenden Offiziere dem zuständigen Bezirkshauptmann unterstellt werden. Dies tat ich deswegen, weil die Bezirkshauptmänner dem Innenminister unterstehen. Ich stellte mir vor, daß die betreffenden Offiziere über die Bezirkshauptmannschaft an ~~die~~ die Landesbehörde und weiter über das Innenministerium an die Presseabteilung des Ministerratspräsidiums ihre Berichte weiterleiten sollten. Daß die betreffenden Offiziere in Wirklichkeit lediglich zu einer illegalen Tätigkeit bei den Bezirkshauptmannschaften eingebaut waren, habe ich nicht direkt gewußt, sondern nur vermutet. Wenn ich dies bestimmt gewußt hätte, und damit einverstanden gewesen wäre, hätte ich diese Art der Berichterstattung über das Innenministerium nicht veranlaßt. Ich wollte jedoch eine Kontrolle der Berichte erreichen, weil ich vermutete, daß auf direktem Wege an ~~den~~ S c h m o r a n z doch illegale Berichte gegeben werden könnten. Ich erkläre nochmals ausdrücklich, daß mir S c h m o r a n z über den illegalen Charakter

Charakter der Tätigkeit der betreffenden Offiziere genaue Informationen nicht gegeben hat. Meine Vermutungen in dieser Hinsicht kann ich lediglich im Zusammenhang mit der damals gespannten politischen Lage unter der tschechischen Bevölkerung begründen.

Richtig ist, daß eines Tages S c h m o r a n z mit einer Skizze zu mir kam und mir erklärte, daß die Organisation der Pressereferenten aufgestellt und eingeteilt sei, wie dies in der Skizze, die er mir vorlegte, eingezeichnet war. Es ist auch richtig, daß er mir sagte, daß diese Pressereferenten vertrauliche Nachrichten aller Art, die nicht für die Presse, sondern zur Information der Regierung bestimmt sind, mit beschaffen würden. Er erzählte auch, daß die Pressereferenten zur Information der Regierung militärische Nachrichten aller Art mit beschaffen würden. Ich kann mich heute nicht mehr entsinnen, ob ich das mir von S c h m o r a n z vorgelegte Namensverzeichnis der ausgewählten Offiziere durchgesehen habe. Ich entsinne mich, daß er mir sagte, daß ein Teil ehemaliger Nachrichtenoffiziere sich unter den ausgewählten Offizieren befänden und daß ich dem S c h m o r a n z sagte, er möge aufpassen, daß sie keine Dumheiten machen. Daß ich dies zum Ausdruck brachte, habe ich bereits begründet.

Auf wiederholten eingehenden Vorhalt erkläre ich, daß ich nicht erkannt habe, was tatsächlich beabsichtigt war, erkannt habe ich jedoch, daß eine illegale Tätigkeit irgendwelcher Art beabsichtigt war. Da ich in diesem Zusammenhang auch erkannt hatte, daß unter Umständen irgendetwas beabsichtigt war, was sich gegen Reichsinteressen richtete, habe ich zur Kontrolle der Berichte der Pressereferenten den Innenminister J e z e k veranlaßt, die betreffenden Offiziere den Bezirkshauptmannschaften zu unterstellen. Ich nehme an, kann es jedoch nicht mit Bestimmtheit sagen, daß ich von dem Gespräch mit J e z e k den S c h m o r a n z unterrichtet habe. Davon, daß J e z e k auch tatsächlich in dieser Angelegenheit etwas veranlaßt hat, habe ich mich nicht überzeugt. Ich habe ohne weiteres angenommen, daß J e z e k als Gendarmeriegeneral und Fachminister meinen Weisungen nachkommt. Ob J e z e k mir nachdem von der Durchführung meiner Weisung Kenntnis gegeben hat, weiß ich nicht mehr, und ich habe mich nicht weiter darum gekümmert.

Ich gebe zu, daß mir S c h m o r a n z mehrmals Berichte von Pressereferenten vorgelegt hat. Wenigstens hat er gesagt, daß



gebe zu, erkannt zu haben, daß die Tätigkeit der Organisation S c h m o r a n z auf eine Schädigung von Reichsinteressen abzielte. Ich gebe auch zu, erkannt zu haben, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um landesverräterische Tätigkeit handelte. Mir war bekannt, daß ich über diesen Vorgang einer zuständigen Stelle (einer deutschen Behörde) hätte Anzeige erstatten müssen. Daß ich dies nicht getan habe, begründe ich damit, daß mir niemand zumuten kann, daß ich meine Kameraden und Landsleute verrate.

Der polnische Presseattaché W i e r b i a n s k y ist mir persönlich nicht bekannt. Ich habe auch seinen Namen bisher nicht gehört. S c h m o r a n z hat mir einmal erzählt, daß er mit einem Polen gesprochen hätte, und daß dieser erzählt habe, daß es zwischen Deutschland und Polen zu einem Kriege kommen würde, daß Polen geschlagen würde, am Ende würde jedoch der polnische Staat wieder hergestellt werden. Die Möglichkeit, daß mir S c h m o r a n z bezüglich dieses Gesprächs noch mehr oder auch das Gespräch in anderer Form wiedergegeben hat, besteht. Ich kann mich jedoch zunächst nicht weiter daran erinnern. Ob es sich bei dem betreffenden Polen um W i e r b i a n s k y gehandelt hat, weiß ich nicht. Ich kann mich nicht entsinnen, gesagt zu haben, daß diese Nachrichten mit mir bereits bekannten Informationen übereinstimmen würden. Dies kann auch nicht möglich sein, denn ich habe derartige Nachrichten nicht erhalten.

Ich bestreite, von S c h m o r a n z erfahren zu haben, daß er über das französische Konsulat in Prag zu einem ehemaligen tschechischen Pressekorrespondenten - Dr. J i r a - in Paris Verbindungen hat.

Der französische Journalist H u n t z b ü c h l e r ist mir weder persönlich, noch namentlich bekannt. Richtig ist, daß mir S c h m o r a n z einige Male über deutsche Truppenaufmärsche in Mähren, die auf Kriegsvorbereitungen im Osten schließen ließen, berichtete. S c h m o r a n z hat mir jedoch nicht gesagt, daß diese Nachrichten etwa von H u n t z b ü c h l e r stammen.

Der Reuterjournalist F e r g u s o n ist mir weder namentlich noch persönlich bekannt. Mir ist auch nicht erinnerlich, daß er durch S c h m o r a n z mir irgendwelche politischen oder militärischen Nachrichten hätte zukommen lassen.

Etwa Ende April oder Anfang Mai 1939 - ich war schon Ministerpräsident - übergab mir der Oberst D r g a č im Amte  
des

des Ministers H a v e l k a in meinem Dienstzimmer in einem größeren Pakete einen Geldbetrag von etwa 5 Millionen Kronen. Mir ist nicht erinnerlich, daß bei der Übergabe des Geldes noch weitere Personen zugegen waren. Nach Angaben des D r g a č handelte es sich um Liquidationsgelder des Propaganda-Ministeriums. Für die Entgegennahme des Geldbetrages war ich als Ministerpräsident zuständig. Diesen Geldbetrag habe ich im Beisein des Ministers H a v e l k a kurze Zeit später an den Staatspräsidenten H a c h a gegeben. Ich habe dem D r g a č den Empfang des Geldes nicht bestätigt und habe auch von H a c h a keine Quittung über die Abgabe des Geldbetrages bekommen. Dem Staatspräsidenten H a c h a habe ich erklärt, daß es sich um Liquidationsgelder des Propaganda-Ministeriums handelt.

Ich bestreite, gewußt zu haben, daß der Oberst D r g a č sich irgendwie illegal betätigt im Zusammenhang mit dem Oberstleutnant T ř e b i c k y . Daß Letzterer sich in irgendeiner Form illegal betätigte, war mir bekannt oder wenigstens habe ich dies vermutet. Eine Begründung für diese Vermutung habe ich nicht, sondern es war lediglich auf Grund der allgemeinen Lage eine gefühlsmäßige Vermutung von mir. T ř e b i c k y hatte dienstlich nichts mit mir zu tun. Ich gebe zu, daß er mich mehrmals in meinem Dienstzimmer aufgesucht hat. Ich war von der Militärdienstzeit her mit ihm bekannt. Was er bei mir gewollt hat, weiß ich heute nicht mehr. Ich bestreite, daß er mir über seine nachrichtendienstliche Tätigkeit Kenntnis gegeben hat oder Geld zu diesem oder zu anderen Zwecken von mir verlangte. Ich bestreite ~~xxxx~~ nicht, dem T ř e b i c k y zu irgendwelchen Zwecken, vielleicht zur Unterstützung seiner Familie, möglicherweise aber auch zu einem Zwecke, der mir nicht mehr erinnerlich ist, Geld gegeben zu haben. Auf die Höhe des Betrages oder der Beträge, die ich T ř e b i c k y möglicherweise habe zukommen lassen, kann ich mich nicht mehr entsinnen. Die Möglichkeit, daß ich T ř e b i c k y durch meinen Adjutanten - Ottokar V o l a k - Gelder habe zukommen lassen, besteht, ich kann mich jedoch nicht daran erinnern. Ich erkläre nochmals ausdrücklich und auf wiederholten Vorhalt, daß mir nicht mehr erinnerlich ist, aus welchem Grunde T ř e b i c k y zu mir kam, und was ich mit ihm ~~gesprach~~ gesprochen habe.

Ich gebe zu, daß ich mich indirekt illegal dadurch mitbetätigt habe, daß ich Kenntnis hatte vom Bestehen einer illegalen Organisation, die sich nachrichtendienstlich gegen Reichsinteressen betätigte, und daß ich nicht die Maßnahmen dagegen

dagegen ergriffen habe, zu denen ich gesetzlich verpflichtet war. Daß ich dies nicht getan habe begründe ich erneut damit, daß mir als nationalbewußten Tschechen nicht zugemutet werden kann, daß ich meine Landsleute und Kameraden verrate. Außerdem war ich so optimistisch, daß ich annahm, daß die betreffenden Personen, die sich illegal betätigten, von sich aus wieder zur Vernunft kommen und ihre Tätigkeit unterlassen würden. Trotzdem meine Verwandten mütterlicherseits Deutsche sind, und auch im Reichsgebiet wohnen, bin ich nach wie vor nationalbewußter Tscheche. Ich gebe zu, daß es ebenso mein Wunsch war und ist, wie dies der Wunsch jedes nationalbewußten Tschechen ist, die alte Selbständigkeit wieder zu erreichen. Ich habe ~~praktisch~~<sup>erfahren</sup> einsehen gelernt, daß dies praktisch unmöglich ist und aus diesem Grunde bin ich zwangsläufig mit der Errichtung des Protektorats einverstanden.

Ich erkläre abschließend, daß ich meine Tätigkeit als Ministerpräsident bis zu meiner Festnahme loyal ausgeübt habe, trotz meiner nationalbewußten tschechischen Einstellung. Wenn während meiner Tätigkeit als Ministerpräsident im Protektorat in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht unhaltbare Zustände eingetreten sind, so halte ich mich daran weder schuldig noch mitschuldig. Nach meinem Dafürhalten habe ich alles getan, um das Eintreten dieser Zustände zu vermeiden. Soweit mir dies nicht gelungen ist, kann ich dies nur damit begründen, daß zuviele Kräfte gegen mich gearbeitet haben.

Selbst gelesen, verstanden,  
genehmigt und unterschrieben:

Alois Štěpán

Geschlossen:

Nejedlý K.K.  
Štěpán K.K.

Reisner K.I.  
Waldmann K.A.

Weiterverhandelt !

Wie bereits zu Beginn meiner Vernehmung angegeben, bin ich Ende April 1939 durch einen Besuch des Generals I n g r darüber informiert worden, daß irgendeine illegale Organisation im Entstehen war. Ob diese rein militärischen Charakter trug oder aber auch Personen des zivilen Sektors umschloß, konnte ich aus dieser kurzen Unterredung nicht entnehmen. Ich behauptete, daß ich von dem Bestehen einer zivilen geheimen Organisation erst erfahren habe, nachdem ich amtlich auf die Mitarbeit des Ministers F e i e r - a b e n d und des Chefs der Preisbehörde N e č a s hingewiesen wurde. Auftragsgemäß bestellte ich beide zu mir, und zwar kam zunächst F e i e r a b e n d und wahrscheinlich 1 - 2 Tage später N e č a s zu mir, und wies sie wegen ihrer Mitarbeit an dem geheimen Ausschuss zurecht. Ich fühle mich an dem <sup>Flucht</sup> ~~KXXXXXXXXXXXX~~ dieser beiden Personen unschuldig, da ich nach dem Verschwinden dieser beiden Personen zunächst Recherchen anstellte und sofort dann dem Staatspräsidenten Meldung machte.

Mein Verhältnis zu N e č a s war gespannt, da die Besetzung des Preisamtes mit seiner Person nicht meinem Vorschlag entsprach. Zudem war er ein typischer Parteipolitiker. Den früheren General N e u m a n n zum Stellvertreter des N e č a s im Preisamt zu machen entsprach dem Vorschlag, den ich dem Präsidentschafts-Dr. H a n d l des Preisamtes machte. N e u m a n n hat praktisch ausgleichend zwischen mir und N e č a s gewirkt. er

General N e u m a n n war mir gut bekannt, da/in den Jahren ca. 1924 - 1929 unter mir in der 1. Abteilung des Generalstabes als Mobilisationsoffizier gearbeitet hat. In den Jahren 1929 - 1938 habe ich ihn allerdings nur gelegentlich bei Besuchen in Prag kurz gesehen. Trotzdem war mein Verhältnis zu N e u m a n n ungleich besser als zu N e č a s. Trotzdem behauptete ich, daß N e u m a n n mich in keiner Weise über eine Organisation unterrichtet hat, in welcher er an führender Stelle mitwirkte. Auch wenn mir vorgehalten wird, daß der frühere Abgeordnete der Nat. Soz. Partei - Amtsgerichtsrat a. D. Ferdinand R i c h t e r - einmal in Kassibern ( geheime Nachricht) und zum anderen in seiner polizeilichen und richterlichen Vernehmung glaubhaft ausgesagt hat, daß General N e u m a n n auf einer Sitzung des S a m a l - Ausschusses erklärt hat, er käme unmittelbar vom General E l i a š, der von der Arbeit dieses Ausschusses informiert sei, muß ich bei meinen Angaben bleiben, daß ich mit N e u m a n n niemals über das Bestehen

Bestehen einer illegalen Organisation gesprochen habe. Ich glaube, daß ich N e u m a n n im Jahre 1939 niemals allein, sondern immer nur in Gegenwart des N e č a s in rein dienstlicher Hinsicht gesprochen habe.

Es trifft zu, daß innerhalb der <sup>Kapitän</sup> Bewegung Komitees bestanden und einmal das Personalkomitee, dessen Vorsitzender der Innenminister und dessen Mitglieder der Landwirtschafts-, Verkehrsminister, der Minister für Schulwesen, der Finanz- evtl. der Justizminister waren; zum anderen bestand das wirtschaftliche Komitee, dessen Vorsitzender der Finanzminister und dessen Mitglieder der Innenminister, der Verkehrsminister, der Minister für Öffentliche Arbeiten, der Handelsminister und der Landwirtschaftsminister waren. Diese Einrichtung ist eine offizielle. Diese Ausschüsse haben einschlägige Gesetze zu beraten, ehe sie dem gesamten Kabinett vorgelegt werden. Daß außer diesen offiziellen Komitees im Jahre 1939 mehrfach gemeinsam getagt haben, die Minister Č i p e r a, K l u m p a ř, F e i e r a b e n d und Š a d e k, wobei mehrfach N e b e s k y und K a m e n i č e k vom N.S. anwesend waren, ist mir nichts bekannt. Offiziell gab es eine solche Zusammenfassung der Ministerien nicht. Was da veranstaltet worden, ist eine völlig private Angelegenheit, über die ich nicht informiert worden bin.

Der frühere Sektionschef im Außenministerium J i n a ist mir bekannt. Ich glaube jedoch kaum, daß ich ihn im Jahre 1939 - Herbst - gesprochen habe. Wenn J i n a in der Lage war, wenige Tage ~~nach~~ nach den Ereignissen vom 15. bzw. 17.11.1939 in einer Sitzung des Š a m a l - Ausschusses über den genauen Inhalt meiner Unterredung mit dem Staatssekretär F r a n k in der Studentenangelegenheit zu berichten, so kann ich mir das nur so erklären, daß ich, nachdem ich seinerzeit vom Staatssekretär kam, sofort in einem Kabinettsrat, an dem alle Minister und außerdem N e b e s k y, Dr. M r a z i k und noch eine Person vom N.S. teilnahmen, Bericht erstattet hatte. Wer von den Personen, die an diesem Ministerrat teilnahmen, den Inhalt meines Berichts an J i n a weitergegeben hat, ist mir nicht bekannt.

Ein Oberleutnant des Generalstabes Franz D e d i č ist mir bekannt. D e d i č war in der zweiten Republik, als ich Verkehrsminister war, Verbindungsoffizier des Verteidigungsministerium zum Verkehrsministerium. Er ist dann später als Zivilbeamter im Verkehrsministerium verblieben. Ich habe D e d i č zuletzt im Frühsommer 1941 gesprochen; er kam zu mir und intervenierte in einer Judenangelegenheit, die in der Gegend von Königgrätz spielte - soweit ich mich erinnern kann -.

Mir wird vorgehalten, daß nach den Angaben des D e d i ć es sich bei dieser Intervention nicht um eine Judenangelegenheit gehandelt hat, sondern daß D e d i ć anlässlich des Falles der Familie eines flüchtigen Offiziers S l a d e k aus Königgrätz für die bessere Versorgung der Angehörigen der politischen Häftlinge und der Angehörigen von flüchtigen Offizieren interveniert und eine besondere Unterstützung aus besonderen Mitteln gefordert hat. Ich erkläre hierzu, daß ich mich schon während des Diktates des vorigen Absatzes an den Inhalt der Unterredung erinnerte. Eine außerplanmäßige Unterstützung habe ich abgelehnt und mußte ich ablehnen, da ich dazu gar keine Mittel habe. Ich habe dem D e d i ć den Versuch der gesetzmäßigen Regelung dieser Frage zugesagt. Im Gegensatz zu der Aussage des D e d i ć habe ich seine Intervention als eine nur für einen bestimmten Fall bestimmte aufgefaßt und bin daher nicht auf den Gedanken gekommen, daß D e d i ć im Auftrage einer illegalen Gruppe für die allgemeine Lösung dieses Problems intervenierte. In diesem Zusammenhang erkläre ich, daß entgegen anderslautenden Gerüchten aus dem mir zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds keinerlei Unterstützungen an die Familien verhafteter oder flüchtiger Personen gezahlt worden sind.

Selbst gelesen, verstanden,  
genehmigt und unterschrieben:

Gen. Alari \_\_\_\_\_



Geschlossen:

\_\_\_\_\_

K.K.

\_\_\_\_\_

K.O.Ass.

D.

Weiterverhandelt!

Sachliche Fortsetzung von Blatt 10:

Nach meiner Kenntnis hat mein Adjutant V o l a k den T ě e b i c k y persönlich gekannt, denn beide haben gemeinschaftlich in der Slowakei beim Militär gedient. Da T ě e b i c k y mehrmals bei mir gewesen ist, muß ihn V o l a k auch durch die Besuchsanmeldungen kennen gelernt haben, sofern sich T ě e b i c k y nicht zufällig immer bei meinem zweiten Adjutant - dem Sekretär S t a d n i k - angemeldet hat. Wenn T ě e b i c k y bei seiner Vernehmung erklärt hat, daß ich ihm einen Brief mit 50.000,-- Kronen durch V o l a k zugestellt habe, so dürfte dies richtig sein, denn ich habe keinerlei Veranlassung, die Angaben des T ě e b i c k y anzuzweifeln. Lediglich erscheint mir die Summe von 50.000,-- Kronen zu hoch, denn ich kann mich tatsächlich nicht entsinnen, jemals einen derartigen Betrag in einer Summe an eine Person ausgezahlt zu haben. Die Möglichkeit, daß ich T ě e b i c k y eine Summe von etwa 7.000,-- Kronen durch V o l a k habe behändigen lassen, lasse ich offen, da ich mich auf diese Angelegenheit nicht mit Bestimmtheit entsinnen kann. Ich nehme an, daß ich diesen Geldbetrag zur Unterstützung der Familie des T ě e b i c k y gezahlt habe. Ob die Familie unterstützungsbedürftig war, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich kann mich nicht entsinnen, daß ich von T ě e b i c k y jemals um eine Unterstützung oder um einen Geldbetrag zu anderen Zwecken gegangen wurde, erkläre aber nochmals, daß ich es für möglich halte, daß ich ihm einen Geldbetrag, dessen Höhe mir nicht mehr erinnerlich ist, zukommen ließ. Wenn ich ihm einen Geldbetrag zukommen ließ, so ist dies bestimmt durch Vermittelung des V o l a k geschehen, wie dies auch von T ě e b i c k y angegeben worden ist.

Meine Angaben über S c h m o r a n z möchte ich noch durch folgenden Zusatz ergänzen:

Etwa im Juni oder Juli 1941 wurde mir von dem Sekretär S t a d n i k oder von dem Ministerialbeamten H o l d erzählt, daß die Ehefrau des S c h m o r a n z mitgeteilt habe, daß ~~nach~~ S c h m o r a n z mir Schwierigkeiten bereiten würde, wenn ich oder der Staatspräsident H a c h a sich nicht um seine Freilassung bemühen würden. Ich nehme an, daß die Ehefrau des S c h m o r a n z diesen im Gefängnis besucht hat und daß

S c h m o r a n z

S c h m o r a n z diese Nachricht an mich übermittelt zu haben wollte, wie dies auch geschehen ist. Ich habe dies so aufgefaßt, daß S c h m o r a n z zur Erleichterung seiner Lage Angelegenheiten über mich zur Kenntnis der Behörden bringen will, die gar nicht den Tatsachen entsprechen. Ich habe dies zwar als eine Drohung des S c h m o r a n z aufgefaßt, habe jedoch nicht angenommen, daß die mir bekannt gewordene illegale Betätigung des S c h m o r a n z dazu ausreichen könnte, mich in meinem Ansehen zu schädigen, oder etwa meine Festnahme zu erwirken.

Der Professor W e n i g ist mir persönlich seit Jahren gut bekannt. Er kam oft, ebenso wie der Primator K l a p k a, zu mir. Ich bestreite jedoch, ihm als Verbindungsmann benutzt zu haben. Ich bestreite auch, ihm einmal gesagt zu haben, daß ich eine Nachricht von O s u s k y in Paris oder von M a s a r y k in London erhalten habe. Daß sich K l a p k a illegal irgendwie betätigte, war mir entweder von ihm selbst oder von W e n i g bekannt. Ich glaube, K l a p k a hat mir selbst erzählt, daß er die Möglichkeit hat, die Hinterbliebenen der von der Staatspolizei festgenommenen Männer finanziell zu unterstützen. Es ist jedoch auch möglich, daß mir dies W e n i g erzählt hat. Soweit W e n i g in dieser Hinsicht andere Angaben gemacht hat, behaupte ich, daß er lügt. Ich bestreite auf wiederholten Vorhalt ausdrücklich, von W e n i g oder von K l a p k a oder von anderen Personen davon gewußt zu haben, daß K l a p k a die Transporte von Offizieren und Personen, die in die tschechische Legion ins Ausland gehen, finanziert. Ich lasse die Möglichkeit offen, daß mir K l a p k a oder W e n i g auch erzählten, daß K l a p k a die Hinterbliebenen der in die tschechische Legion gegangenen Männer finanziell unterstützt. Genau möchte ich mich in dieser Hinsicht nicht festlegen, weil ich mich nicht bestimmt daran erinnern kann. Ich gebe zu, daß von Fall zu Fall zwischen mir und K l a p k a durch Vermittelung des W e n i g ein Austausch illegaler Nachrichten stattfand. Zum Beispiel habe ich dem K l a p k a durch W e n i g mitteilen lassen, daß über den später geflüchteten Minister der Freisbehörde N e č a s bei deutschen Behörden Belastungsmaterial vorliegt. Diese Tatsache hatte ich offiziell vom Reichsprotector persönlich erfahren. Ich habe daraufhin den N e č a s und auch den Minister F e i e r a b e n d zu mir kommen lassen und beiden entsprechenden Vorhalt

Vorhalt getan unter Hinweis auf die Tatsache, daß ich dies vom Reichsprotector persönlich erfahren hatte. Über den Zweck dieser Maßnahme habe ich bereits ausgesagt. Im anderen Falle entsinne ich mich, daß K l a p k a mir durch W e n i g einmal mitteilen ließ, daß der von der Staatspolizei wegen illegaler Betätigung gesuchte Redakteur J o ŝ t festgenommen worden war. Ich gebe zu, daß mir W e n i g dabei auch erzählte, daß K l a p k a mit J o ŝ t illegal zusammengearbeitet hatte. Diese Nachricht ließ er mir lediglich im Wege des üblichen Nachrichtenaustausches zukommen. Tatsache ist, daß zwischen mir und K l a p k a durch Vermittelung des W e n i g noch weitere illegale Nachrichten ausgetauscht wurden, jedoch kann ich mich auf Einzelheiten zunächst nicht mehr entsinnen.

In mehreren Fällen kam K l a p k a in Begleitung des W e n i g und des Referenten und Kreisleiters der "Nationalen Gemeinschaft" N e s t a v a l zu mir. Wir haben uns dann gemeinschaftlich über illegale Angelegenheiten ausgesprochen. Ich bestreite, den N e s t a v a l beauftragt zu haben, innerhalb der "Nationalen Gemeinschaft" eine Organisation zur Beschaffung illegaler Nachrichten aufzuziehen. Die Angaben des K l a p k a sind mir vorgehalten worden und ich behaupte, daß sie erlogen sind. Ich habe auch nicht gewußt, daß N e s t a v a l eine derartige Organisation gegründet hatte. (Bekannt war mir, daß N e s t a v a l mit K l a p k a illegal zusammengearbeitet. Ich habe auch gewußt, daß N e s t a v a l die Hinterbliebenen bzw. die Angehörigen derjenigen Männer unterstützt hat, die von der Staatspolizei festgenommen worden waren und die in die tschechische Legion ins Ausland gegangen waren. Auf nochmaligen Vorhalt gebe ich nunmehr auch zu, daß ich auch von K l a p k a wußte, daß dieser ebenfalls die Familien derjenigen Männer finanziell unterstützt, die in die tschechische Legion ins Ausland gegangen waren. Ich habe angenommen, daß K l a p k a, N e s t a v a l und W e n i g in dieser Hinsicht zusammenarbeiten. Ich gebe zu, daß ich mit dieser Tätigkeit einverstanden war, > jedoch aus rein menschlichen und keinesfalls aus nationalen Beweggründen. Ich bestreite, an der illegalen Tätigkeit der drei genannten Personen direkt beteiligt gewesen zu sein. Ich gebe zu, gewußt zu haben, daß die illegale Tätigkeit der drei genannten Personen auf eine Schädigung von Reichsinteressen abzielte und auch eine solche Schädigung darstellte. Daß ich nichts dagegen unternommen habe, begründe ich damit, daß ich es für natürlich halte, daß mir niemand zusuten kann, meine Kameraden und

und Landsleute zu verraten. Eine Schädigung von Reichsinteressen war nicht mein unbedingter Wille. Ich befand mich jedoch in dem Zwiespalt zwischen Menschlichkeit und Schädigung von Reichsinteressen und habe mich hierbei leider für die Schädigung der Reichsinteressen entschieden. Ich war mir bereits damals zur Zeit meiner Entscheidung der Folgen meines Entschlusses bewußt.

Anmerkung: Dem E l i a š wurde wiederholt die Frage vorgelegt, aus welchen Gründen K l a p k a , N e s t a - v a l und W e n i g in der illegalen Angelegenheit ausgerechnet wiederholt zu ihm kamen und ihn laufend unterrichteten.

Da E l i a š auf diese Frage keine positive Antwort gab, sondern immer erklärte, daß die drei Personen nicht unbedingt zu ihm zu kommen brauchten, sondern in ihrer illegalen Tätigkeit selbständig handeln konnten, wurden ihm die Angaben des K l a p k a vom 13.8.1940, die nachstehend angeführt sind, vorgehalten:

" Zur Begründung dafür, daß ich mich mit illegaler Tätigkeit befaßt habe, führe ich an, daß ich durchaus nicht aus eigenem Antriebe gehandelt habe. In erster Linie bin ich durch das Doppelspiel des Generals E l i a š zu der illegalen Tätigkeit ermuntert worden. Aus dem ganzen Verhalten des E l i a š habe ich geschlossen, daß er sich illegal betätigt und sich nach außen hin den Schein der Legalität gibt. Sein Doppelspiel suchte er u.a. auch damit zu verschleiern, daß er in der Regierung jede ernstliche politische Aussprache vermied. Dieses Verhalten des E l i a š ist auch von einigen Ministern, z.B. J e z e k, mir gegenüber gebrandmarkt worden."

- - -

Antwort: Auf die vorstehend angeschnittene Frage, warum die vorgenannten drei Personen, obwohl sie es nicht nötig hatten, mich von ihrer illegalen Tätigkeit zu unterrichten, wiederholt zu mir kamen, und mir laufend berichteten, will ich nunmehr eine Antwort geben. Ich glaube, daß sie für ihre Tätigkeit einen prominenten Zeugen suchten.

Frage: Bei dem Eintritt welcher Ereignisse brauchten die vorgenannten drei Männer einen Zeugen für ihre illegale, gegen das Reich gerichtete Tätigkeit ?

Antwort: Nach dem Kriege.

Frage: Welche staatspolitische Lage mußte also nach dem Kriege in dem böhmisch-mährischen Raum eintreten ?

Antwort: Fragen Sie die drei Männer.

Erneute

Erneute Frage: Welche staatspolitische Lage müßte also nach dem Kriege in dem böhmisch-mährischen Raum eintreten ?

Antwort: Um die Handlungsweise der drei Männer zu rechtfertigen, mußte Deutschland den Krieg verlieren. Dieses Ziel wollten diese drei Männer durch ihre Handlungsweise erreichen helfen. Ich selbst habe dieses Ziel ~~mir~~ durch meine Duldung gefördert.

Ich muß nunmehr zugeben, daß K l a p k a mit seinen vorstehend mir vorgehaltenen Ausführungen über meine Person doch das Richtige gesagt hat. Ich muss zugeben, dass ich tatsächlich ein Doppelspiel getrieben habe, indem <sup>ich</sup> sowohl zu den Zielen der deutschen Seite als auch zu den Zielen der illegalen tschechischen Seite "Ja" gesagt habe. Ich sehe heute ein, dass K l a p k a und sein Anhang durch mein Verhalten in ~~seiner~~ illegalen gegen das Reich gerichteten Arbeit <sup>bestärkt</sup> und <sup>gefördert</sup> werden musste. Es trifft somit auch zu, dass ich auf der einen Seite den Eindruck einer illegalen und auf der andern Seite den Eindruck einer Legalen Arbeit erweckt und <sup>aufrecht</sup> erhalten habe. 7


Bezüglich der Angaben des N e s t a v a l über die illegale Tätigkeit des B a l a b a n erkläre ich, dass ich mich z.Zt. auf dieser Gespräch nicht entsinnen kann. Die Möglichkeit, dass N e s t a v a l das betreffende Gespräch über B a l a b a n und dessen illegale Tätigkeit mit mir geführt hat, besteht. Ich erkläre jedoch <sup>noch</sup> nochmals, dass ich mich augenblicklich nicht daran erinnern kann.

Zu den Angaben des K l a p k a erkläre ich folgendes. Es ist richtig, dass ich mit Dr. W e n i g gut befreundet war und, dass dieser mein volles Vertrauen genossen hat. Dass W e n i g als Mittelsmann im Rahmen des Austauschs illegaler Nachrichten zwischen mir und K l a p k a verwendet wurde, ist ein natürlicher Vorgang, weil W e n i g auch in dienstlicher Hinsicht zum Anhang des K l a p k a gehörte, und auch dessen Vertrauen genoss. Wenn K l a p k a behauptet hat, dass ich ihm im Anschluss an eine Besprechung wörtlich erklärte: "Ich gebe Dir Auftrag, für unsere Leute zu arbeiten, denn wir müssen mit allen Mitteln uns für unsere neue Freiheit einsetzen", so behaupte ich, dass er gelogen hat. Ich gebe zu, dass wir uns seinerzeit über illegalen Angelegenheiten ausgesprochen haben, bestreite jedoch ausdrücklich, dem K l a p k a einen derartigen

Auftrag

Auftrag oder einen ähnlichen Auftrag gegeben zu haben. Ich kann mir nicht erklären, wie K l a p k a aussagen kann, dass ich ihn zur illegalen Tätigkeit aufgefordert und dass er auf Grund dieser Aufforderung sich später illegal betätigt hat. Richtig ist, wie ich bereits angegeben habe, dass W e n i g als Mittelsmann zwischen mir und K l a p k a fungierte und dass wir uns auf diesem Wege von Fall zu Fall über illegale Nachrichten ausgetauscht haben. Es ist richtig, dass ich mit K l a p k a über die tschech. Scheinregierung im Auslande gesprochen habe. Diese Tatsache habe ich entweder vom Reichsprotector oder vom Staatssekretär persönlich erfahren. Die mir weiter vorgehaltenen Angaben des K l a p k a bezeichne ich entweder als falsch oder wenigstens als aufgebauscht und übertrieben. Ich habe mit Vorstehendem alles und die Wahrheit gesagt und erkläre ausdrücklich, dass ich mich in anderer Form, als ich angegeben habe, illegal nicht betätigte. Weitere Angaben kann ich zur Sache nicht machen."

Selbst gelesen, verstanden, genehmigt und unterschrieben:

 *Handwritten signature*

Beschlossen:

*Handwritten signature*  
Krim.Komm.

*Handwritten signature*  
Krim.Komm.

*Handwritten signature*  
K.A.

*Handwritten signature*  
Krim.Insp.

Prag, den 27. 9. 1941 .

- II BM 2 -

**Geheim!**

Betrifft: Ehemaligen Verkehrsminister JUDr. Georg  
H a v e l k a, geboren 25. 7. 92 in Orel.

Der ehem. Verkehrsminister der Protektoratsregierung JUDr. Georg H a v e l k a, geb. 25. 7. 92 in Orel ( Rußland), wohnhaft Prag XII., Grimmgasse 9, war zur Zeit der Republik schon Privatsekretär einiger Minister. Er arbeitete sich über die Stellung eines Senatsrats des obersten Verwaltungsrichtes zum Regierungsmitglied der autonomen Regierung herauf und war bis zum Jahre 1940 mit der Leitung der Kanzlei des Staatspräsidenten betraut. Nach der Errichtung des Protektorats wurde er in seiner Eigenschaft als Verkehrsminister gleichzeitig zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten berufen.

H a v e l k a hat sich nebenbei seit vielen Jahren als Redakteur und Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften und Sammelwerke betätigt.

H a v e l k a ist einer der rührigsten Politiker des Protektorats und verstand es im Jahre 1939 sich den Anschein zu geben, als ob er an einer engen Zusammenarbeit mit deutschen Behörden großes Interesse hätte. Wie sich aber bereits zum Ende des Jahres 1939 aus eigenen Äußerungen und nachdem H a v e l k a wegen seines deutschfreundlichen Kurses von Regierungsmitgliedern und aus der Bevölkerung stark angefeindet wurde, herausstellte, war dies nur ein äußerst geschickter Schachzug von ihm, um für seine spätere Wühlarbeit die gegen die deutschen Interessen notwendigen Beziehungen zu haben, die ihm lange Zeit einen ausgezeichneten Deckmantel gaben.

Obwohl er in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident und Verkehrsminister keine Veranlassung hatte sich in die politische Tätigkeit der

legalen Parteigruppen - Narodni Souručenstvi, Faschisten - zu mischen, trat er schon am Anfang des Jahres 1940 in einen scharfen Kampf mit den Faschisten. Er veranlaßte die Gründung einer Zeitung, in der gegen die Faschisten außerordentlich stark Stimmung gemacht wurde - Narodni Tabor in Brünn - und die Finanzierung dieser Zeitung durch das Narodni Souručenstvi. Mit Hilfe des früheren Rotarianers und späteren deutschfeindlichen Faschisten Dr. Miloslav H l a v k a aus Prag bemühte sich H a - v e l k a innerhalb der faschistischen Gruppen Unzufriedenheit und Zersplitterung zu erreichen. Den gleichen Versuch machte er mit Hilfe eines der letzten Mitglieder der Faschistenbewegung, dem <sup>uu</sup>Advokaten Dr. Zdenek Z a s t ê r a aus Prag, der sich wissentlich von H a - v e l k a dazu benutzen ließ, unter Gründung einer oppositionellen Zeitung - Nastup Červenobilych - für eine Zersplitterung und Zerschlagung der Faschistengruppen im Protektorat zu arbeiten.

Die Finanzierung dieser politischen Arbeit war H a v e l k a nicht schwer, da er einmal ein direktes Verfügungsrecht über den sogenannten Dispositionsfonds beim Ministerpräsidium, wie auch über bisher nicht einwandfrei geklärte schwarze Fonds hatte. Bei der Durchführung seiner politischen Geldgeschäfte bediente er sich vornehmlich seines Vertrauten im Verkehrsministerium, des Sektionsrats Dr. Wenzel V š e t e k a, der die Verteilung und Auszahlung der politischen Gelder H a v e l k a s durchführte. Der Einfluß H a v e l k a s auf die übrigen Regierungsmitglieder, wobei er nicht mit den übelsten Verdrehungskünsten in Bezug auf angebliche persönliche Zustimmung des Staatspräsidenten Dr. H a c h a sparte, nahm im Laufe des Jahres 1940 außerordentlich zu, so daß er im geheimen der böse Geist der Regierung genannt wurde. Durch sein Verhalten setzte er sich mit den alten agrarischen Politikern jedoch in immer stärkeren Widerspruch.

Seine deutschfeindliche Einstellung kam auch noch im Jahre 1941 in Einzelhandlungen erneut zum Ausdruck. So lehnte er beispielsweise ab, dem von deutscher Seite außerordentlich stark gestützten tschechischen

Kriegerbund der hauptsächlich die Nichtlegionäre vereint, aus den Mitteln des Verbandes für die Zusammenarbeit mit den Deutschen eine geldliche Unterstützung zu geben. Außerdem war er es, der eine persönliche Äußerung der tschechischen Minister vor Beginn des Jugoslawenfeldzuges zu der negativen Haltung Jugoslawiens in Bezug auf die Neuordnung Europas und über einen Vergleich zu dem Schritt H a c h a s im März 1939 zu dieser Haltung Jugoslawiens hintertrieb. ( Krýchtalek-Interview) .

Durch H a v e l k a wurde den Regierungsmitgliedern angeblich mitgeteilt, daß der Staatspräsident den Wunsch habe, daß keines der Regierungsmitglieder zu diesen Fragen Stellung nehme. Wie sich später herausstellte und der Ministerpräsident E l i a š nach erregter Auseinandersetzung innerhalb der Regierung erklärte, soll durch unrichtige Darstellung des Sachverhalts durch H a v e l k a gegenüber dem Staatspräsidenten diesen Versuch, die Regierungsmitglieder zu einer klaren Äußerung zu bewegen, vorsätzlich sabotiert haben.

Auch auf die politische Tätigkeit des Narodni Souručenstvi bekam H a v e l k a einen immer stärkeren Einfluß. Es kam so weit, daß Ende des Jahres 1940 und im Frühjahr 1941 durch die Führung des Narodni Souručenstvi überhaupt nichts mehr getan wurde, was nicht vorher die direkte oder indirekte Zustimmung H a v e l k a s gefunden hatte. Besonders gilt dies in Bezug auf die Auswechslung, bezw. Neuernennung von Mitgliedern des Zentralausschusses, die nur nach ausdrücklicher Zustimmung H a v e l k a s berufen, bezw. auf seinen Wunsch ihrer Funktion enthoben wurden.

Im April 1940 kam es zu einer Regierungsänderung dadurch, daß H a v e l k a seines Amtes als stellvertretender Ministerpräsident und Verkehrsminister enthoben wurde. Die Gründe zu dieser Amtsenthebung lagen größtenteils darin, daß die übrigen Regierungsmitglieder durch die immer mehr zutage tretende politische Wühlarbeit H a v e l k a s befürchteten, daß die deutschen Stellen hieraus Maßnahmen in Bezug auf die gesamte tschechische Re-

gierung ableiten würden. Außerdem trat immer mehr zutage, daß H a v e l k a beim Amt des Reichsprotektors durchschaut und daher damit gerechnet wurde, daß seine Festnahme erfolgen könnte. Insbesondere betrifft dies den immer stärker gewordenen Einfluß H a v e l k a s auf den Staatspräsidenten Dr. H a c h a .

H a v e l k a, der sich nach dieser Amtsenthebung vom politischen Leben nach außen hin völlig zurückgezogen hat, soll als Äquivalent vom Staatspräsidenten zugesagt bekommen haben, daß er dem Obersten Gerichtshof zugeteilt würde.

Nach seiner Amtsenthebung sind bisher neue Tatsachen darüber, daß H a v e l k a auch weiterhin seine politischen Einflüsse geltend macht, nicht bekannt geworden. Trotzdem kann mit Sicherheit angenommen werden, daß er sich keinesfalls mit einem Verschwinden in die Versenkung begnügt, sondern zunächst nur Gras über die Geschichte wachsen lassen will.

for

Prag, den 27. Sept. 1941.

38  
**Geheim!**

Betrifft: Dr. Jaroslav K r e j c i , geb. 27.6.92 in Kremenc.  
Justizminister.

K r e j c i war 1937 Ministerialrat des Minister-  
ratspräsidiums in Prag und Privatdozent an der juristischen  
Universität in Brünn. Noch 1937 war er Mitglied der csl.  
Nar.soz.Partei (Benes).

Für eine am 16.6. 40 stattgefundene Wallfahrt  
zum Hl. Antonius in Ung. Hradisch wurde besonders damit Pro-  
paganda gemacht, dass darauf hingewiesen wurde, dass Krejci  
an der Wallfahrt teilnehmen wird.

Im Juli 1940 wurde beim Justizminister K r e j c i  
von tschech. Seite wegen der schlechten Verpflegung im  
tschech. Gefängnis in Pankratz interveniert. Angeblich ver-  
suchte Krejci die Schuld auf deutsche Stellen zu schieben.  
Auf den Einwand, dass dies nicht zutreffe, soll er erklärt  
haben, er könne nicht energisch gegen nachlässige tschechische  
Beamte einschreiten, weil er sich für die Zukunft sichern  
müsse. Er wäre später erledigt, wenn er jetzt zu aktiv auf-  
treten würde. (Aus SD-Monatsbericht für Juli 1940. Quelle  
wahrscheinlich Gend. General a. D. B l a h a, also mit Vor-  
sicht aufzunehmen).

Im August 1940 wurde bekannt, dass K r e j c i an-  
lässlich einer Ehebruchsaffaire eine ans Korrupte grenzende  
Haltung gezeigt hat. K. unterhielt eine ehebrecherisches Ver-  
hältnis mit der Frau seines besten Freundes, des Dozenten  
V a n i c e k, der daraufhin die Scheidungsklage einreich-  
te. Krejci forderte von V a n i c e k, dass er nach der  
Scheidung seiner Frau eine Rente gewähre. Dies würde für ihn  
keine Belastung bedeuten, da er auf Veranlassung Krejcis in  
einen Verwaltungsrat eingebraut würde. Dies wurde tatsächlich  
auf Intervention des Krejci durch Handelsminister K r a t o -

c h v i l durchgesetzt. (Aus SD-Monatsbericht August 1940).

Anfangs Dezember 1940 wurde bekannt, dass K r e j c i mit Antonin H a m p l in enger Verbindung steht und dass sich beide duzen. Auch im Februar 1941 wurde bekannt, dass H a m p l sich sehr teilnehmend über den Gesundheitszustand des K. informierte. (Quelle: nicht gerichtsverwendbare, aber zuverlässige vertrauliche Nachricht).

Im November 1940 sagte ein faschistischer Schriftleiter O p l u s t i l aus, dass Min. K r e j c i, als die Vljaka gute Versammlungserfolge hatte, im Büro der Zeitschrift "Aufbruch der Rot-Weissen" dem Z a s t e r a 3.000 K übergab, um durch zwei oppositionelle Vljakisten die Vljaka-Versammlungen sprengen zu lassen.

Im April 1940 soll K r e j c i bei einer Audienz diesen Umstand dem O p l u s t i l und S t y b l o zugegeben haben.

Anlässlich des Ausbruchs des Krieges mit Jugoslawien sollte der aktivistische Schriftleiter K r y c h - t a l e k im Auftrage des Abteilungsleiters Kulturpolitik beim Reichsprotektor verschiedene politische Persönlichkeiten interviewen u.zw. in der Form, dass einige klargestellte Fragen beantwortet werden sollten. Die Fragen lauteten:

"Wie beurteilen Sie die negative Haltung Jugoslawiens im Hinblick auf die Neuordnung Europas?  
Wie beurteilen Sie den Schritt H a c h a s am 15.3.41 im Vergleich der Haltung Jugoslawiens zur Neuordnung?"

Es wurde bekannt, dass Krejci sich von K r y c h - t a l e k einfach nicht erreichen ließ und so die Beantwortung dieser Fragen durch ihn zu hintertreiben wusste. Am 8.4.41 teilte Dr. V o r e l vom Ministerratspräsidium dem Minister K r e j c i mit, dass sich Krychtalek über das Verhalten der Minister u.a. des Min. Krejci beschwert habe. K r e j c i erklärte darauf V o r e l

gegenüber, er lasse sich noch lange nicht von einem Redakteur befehlen, was er tun wolle. Er habe nicht die Absicht so zu tanzen, wie G r e g o r y pfeife. Schliesslich käme wer weiss wer und verlange auf Grund eines Befehls von G r e g o r y ein Interview. Er sei kein Aussenminister und lehne es ab, über aussenpolitische Fragen zu schreiben. Auf Hinweis des Vorel, dass K r y c h t a l e k den Auftrag gehabt hätte, ausser drei Minister drei zivile Politiker zu befragen, meinte K r e j c i , da hätten sie sich ja die richtigen Schweifwedler ausgesucht und er werde auf keinen Fall in der Reihe dieser Arschlecker paradieren. (Quelle: vollkommen zuverlässig, aber nicht gerichtsverwendbar.)

Ende Juni ist Min. Präs. E l i a s und Frau bei K r e j c i zum Wochenende gewesen. Dort muss irgendetwas vorgefallen sein, denn Frau Elias hat sich Mitte Juli geweigert, ihren Mann zu einem Abendessen zu Krejci zu begleiten. Schliesslich hat sie sich aber doch bereit erklärt, es wurde dann weiter davon gesprochen, dass man nicht auf dem Balkon, sondern im Esszimmer speisen werde, da die laute Stimme des K r e j c i eine vertrauliche Unterhaltung auf dem Balkon unmöglich mache. (Quelle vollkommen zuverlässig, aber nicht gerichtsverwendbar).

Als am 21.7. E l i a s dem K r e j c i den Inhalt seiner Anordnung über die V-Propaganda mitteilte, lachte K r e j c i dazu und bemerkte, dass E l i a s sehr wenig Arbeit haben müsse, um sich mit solchen Dummheiten abzugeben (Quelle sehr zuverlässig, aber nicht gerichtsverwendbar)

Abschrift von  
beglaubigter Abschrift.  
-----

41  
E r l a s s des Führers  
über die vertretungsweise Führung der Geschäfte  
des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren.

Vom 27. September 1941.

Für die Dauer der Erkrankung des Reichs-  
protectors in Böhmen und Mähren, Reichsministers  
Freiherrn von Neurath, beauftrage ich den

⚡-Obergruppenführer H e y d r i c h  
mit der vertretungsweisen Führung der Geschäfte  
des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren.

Führer-Hauptquartier, den 27. September 1941

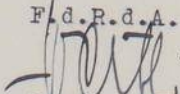
Der Führer  
gez. Adolf Hitler

(L.S.) Der Reichsminister und Chef der Reichs-  
kanzlei  
gez. Dr. Lammers.

Stimmt mit der Urschrift  
öwörtlich überein:  
Führer-Hauptquartier, den 28.9.41  
gez. v. Stutterheim  
Reichskabinettsrat

(Siegel)

F.d.R.d.A.:

  
⚡-Hauptsturmführer.

Gruppe I 1

Prag, 26. September 1941

I 1 a - 1041 g.Rs.

3. Ausfertigungen

1. Ausfertigung

1.) Vermerk:

Betr.: Staatsrechtliche Regelung bei Rücktritt von Verfassungsfaktoren des Protektorats unter Aufrechterhaltung der vollen Autonomie.

Auf Grund des geltenden Staatsrechtes ergeben sich bei der Prüfung aller Möglichkeiten eines Rücktritts des Staatspräsidenten und der Protektoratsregierung folgende Regelungen:

1.) Der Staatspräsident tritt zurück - die Regierung bleibt im Amte.

a.) Die Protektoratsregierung erläßt eine VO, wonach der bisherige Staatspräsident über Antrag der Regierung mit Rücksicht auf die Bestimmung des Art. IV des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16.3.1939 ("Das Oberhaupt des Protektorat bedarf für die Ausübung seines Amtes des Vertrauens des Führers und Reichskanzlers") das neue Oberhaupt bestimmt. Für die Bestimmung hat er dem Reichsprotektor einen Dreiervorschlag vorzulegen, aus dem der Reichsprotektor die Persönlichkeit auswählt, die ihm am geeignetsten erscheint.

Diese Regelung ist in dem Handschreiben des Herrn Reichsprotektors vom 27.9.1940 an den Staatspräsidenten (I 1 a-773) für den Fall eines Verzichtes mit den Worten vorgesehen worden "daß immer noch vorher eine entsprechende Regelung gefunden werden könnte, etwa von der im Art. I Abs. 1 des vorgelegten Entwurfs (eines Dekrets des Staatspräsidenten) vorgeschlagenen Art....".

Die Ausübung der Funktionen des Staatspräsidenten steht der Regierung zu, die mit einzelnen Amtshandlungen ihren Vorsitzenden betrauen kann.

b.) Für den Fall, dass der bisherige Staatspräsident das neue Oberhaupt des Protektorats nicht bestimmt hat oder nicht bestimmen will, hat die Regierungsverordnung vorzusehen, dass die Regierung das neue Oberhaupt des Protektorates beruft, wobei wiederum ein Dreiervorschlag dem Reichsprotector vorzulegen ist.

2.) Der Staatspräsident bleibt im Amte - die Regierung tritt zurück.

Der Staatspräsident bestimmt, wer bis zur Konstituierung einer neuen Regierung die Regierungsgeschäfte führt und legt die Vorschlagsliste einer von ihm ~~nam~~ zu ernennenden neuen Regierung mit der Bitte um Bestätigung dem Reichsprotector vor. (Art. V Abs. 3 des Führererlasses über das Protektorat Böhmen und Mähren).

3.) Der Staatspräsident und die Regierung treten zurück.

a.) Die bisherige Regierung beschliesst als geschäftsführende Regierung eine Regierungsverordnung von der in Ziff. 1 vorgesehenen Art. Der Ablauf ist entsprechend.

b.) Der Staatspräsident und die Regierung sind völlig arbeitsunfähig und nicht geneigt die VO zu a.) zu erlassen. Dann trifft der Reichsprotector gemäss Art. V des Führererlasses über das Protektorat die im gemeinsamen Interesse notwendigen Anordnungen, da Gefahr im Verzuge ist. Er bestimmt, wer bis zur Konstituierung einer neuen Regierung die Geschäfte zu führen hat und beruft selbst das neue Oberhaupt des Protektorats Böhmen und Mähren unter Berücksichtigung des Art. IV des Führererlasses (Vertrauen des Führers für das neue Oberhaupt erforderlich). Das neue Oberhaupt des Protektorats legt sodann die Vorschlagsliste einer von ihm zu ernennenden neuen Regierung des Protektorats dem Reichsprotector zur Bestätigung vor (vgl. Ziff. 2).

2.) Weisungsgemäss vorzulegen Herrn Unterstaatssekretär.

Im Auftrage:

*O. Hall*

Die vernichtenden Schläge der deutschen Waffen werden für den Feind immer fühlbarer. Er greift nunmehr zu dem ebenso verzweifelten wie ruchlosen Mittel durch die Aufforderung zu Sabotage Unruhe zu stiften und das Reich zu schädigen. Bezahlte Hetzer und Provokateure wollen die friedliche, schaffende Bevölkerung ins Unglück stürzen. Der Arbeiter soll für die Weltplutokratie, den Bolschewismus und ihre jüdischen Drahtzieher seine Haut zu Markte tragen. Die Macht des Deutschen Reiches wird dies zu verhindern wissen. Es wird nunmehr rücksichtslos durchgegriffen, wie es der Krieg gebietet.

*Im der letzten Zeit greiß der Feind*